

13. *betont*, dass keine Friedenssicherungsmission durch Anleihen bei anderen aktiven Friedenssicherungsmissionen finanziert werden darf;

14. *ermutigt* den Generalsekretär, auch künftig zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des gesamten Personals zu gewährleisten, das unter dem Dach der Vereinten Nationen an der Mission beteiligt ist, eingedenk der Ziffern 5 und 6 der Resolution 1502 (2003) des Sicherheitsrats vom 26. August 2003;

15. *beschließt*, den Punkt „Finanzierung der Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea“ auf ihrer dreundsechzigsten Tagung weiter zu behandeln.

RESOLUTION 63/258

Verabschiedet auf der 74. Plenarsitzung am 24. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf Empfehlung des Ausschusses (A/63/647, Ziff. 6).

63/258. Finanzierung des hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über den hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur⁸¹ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸²,

1. *schließt sich* vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Resolution den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸² an und ersucht den Generalsekretär, ihre vollständige Umsetzung sicherzustellen;

Haushaltsvollzugsbericht für den Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs über den Haushaltsvollzug des Einsatzes im Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008⁸³;

Fortschrittsbericht für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009

3. *nimmt außerdem Kenntnis* von dem Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über den Haushaltsplan des Einsatzes für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009⁸⁴;

4. *bekräftigt* die Bestimmungen der Ziffer 15 ihrer Resolution 62/232 B vom 20. Juni 2008;

Finanzierung der bewilligten Mittel für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009

5. *beschließt*, zusätzlich zu dem gemäß ihrer Resolution 62/232 B bereits unter den Mitgliedstaaten veranlagten Betrag von 919.400.200 US-Dollar, der sich zusammensetzt aus einem Betrag von 849.855.000 Dollar für die Aufrechterhaltung des Einsatzes im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2008, einem Betrag von 60.624.500 Dollar für den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009 und einem Betrag von 8.920.700 Dollar für die Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) für den Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009, den Betrag von 449.855.000 Dollar für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 unter den Mitgliedstaaten zu veranlagten, entsprechend den von der Generalversammlung in ihrer Resolution 61/243 vom 22. Dezember 2006 gebilligten aktualisierten Kategorien und unter Berücksichtigung des in ihrer Resolution 61/237 vom 22. Dezember 2006 festgelegten Beitragsschlüssels für das Jahr 2009;

6. *beschließt außerdem*, dass im Einklang mit ihrer Resolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 der jeweilige Anteil der Mitgliedstaaten an dem Betrag von 6.373.050 Dollar im Steuerausgleichsfonds, der den für den Einsatz bewilligten geschätzten Einnahmen aus der Personalabgabe für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 entspricht, auf ihre Veranlagung nach Ziffer 5 anzurechnen ist;

7. *ermächtigt* den Generalsekretär auf Anraten des Controllers, bei Bedarf einen weiteren Betrag von bis zu 200 Millionen Dollar für die Aufrechterhaltung des Einsatzes im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 unter den Mitgliedstaaten zu veranlagten;

8. *beschließt*, dass bei Mitgliedstaaten, die ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Einsatz erfüllt haben, ihr jeweiliger Anteil an den nicht ausgeschöpften Haushaltsmitteln und weiteren Einnahmen in Höhe von insgesamt 225.443.200 Dollar für die am 30. Juni 2008 abgelaufene Finanzperiode ausnahmsweise und in Anbetracht der Vorlage eines Fortschrittsberichts während des Haushaltszeitraums je nach Präferenz des betreffenden Mitgliedstaats entweder auf ihre Veranlagung nach Ziffer 5 oder auf die Veranlagung für den Einsatz für den Zeitraum vom 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 anzurechnen ist, entsprechend den von der Generalversammlung in ihrer Resolution 61/243 gebilligten aktualisierten Kategorien und unter Berücksichtigung des in ihrer Resolution 61/237 festgelegten Beitragsschlüssels für das Jahr 2008, und ersucht den Generalsekretär, dieses Verfahren anzuwenden;

9. *beschließt außerdem*, dass bei Mitgliedstaaten, die ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Einsatz nicht erfüllt haben, ihr jeweiliger Anteil an den nicht ausgeschöpften Haushaltsmitteln und weiteren Einnahmen in Höhe von insgesamt 225.443.200 Dollar für die am 30. Juni 2008 abgelaufene Finanzperiode nach dem in Ziffer 8 festgelegten Schema auf ihre ausstehenden Verpflichtungen anzurechnen ist;

10. *beschließt ferner*, dass die Mindereinnahmen aus der Personalabgabe in Höhe von 4.687.900 Dollar für die am

⁸¹ A/63/535 und A/63/544.

⁸² A/63/606.

⁸³ A/63/535.

⁸⁴ A/63/544.

30. Juni 2008 abgelaufene Finanzperiode auf die Guthaben aus dem in den Ziffern 8 und 9 genannten Betrag von 225.443.200 Dollar anzurechnen sind;

11. *beschließt*, den Punkt „Finanzierung des hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur“ auf ihrer dreiundsechzigsten Tagung weiter zu behandeln.

RESOLUTION 63/259

Verabschiedet auf der 74. Plenarsitzung am 24. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf Empfehlung des Ausschusses (A/63/648, Ziff. 6).

63/259. Beschäftigungsbedingungen und Bezüge von Amtsträgern, die nicht Sekretariatsbedienstete sind: Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs sowie Richter und Ad-litem-Richter des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Abschnitt VIII ihrer Resolution 53/214 vom 18. Dezember 1998, ihre Resolutionen 55/249 vom 12. April 2001, 56/285 vom 27. Juni 2002 und 57/289 vom 20. Dezember 2002, Abschnitt III ihrer Resolution 59/282 vom 13. April 2005, Ziffer 11 ihrer Resolution 61/262 vom 4. April 2007 und ihren Beschluss 62/547 vom 3. April 2008,

sowie unter Hinweis auf Artikel 32 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs sowie die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung über die Beschäftigungsbedingungen und Bezüge der Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs und der Richter des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs⁸⁵ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸⁶,

I

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs⁸⁵;

2. *bekräftigt* den Grundsatz, wonach die Beschäftigungsbedingungen und die Bezüge der Amtsträger, die nicht

Sekretariatsbedienstete sind, sich von denen der Sekretariatsbediensteten unterscheiden und von diesen getrennt sein sollen;

3. *schließt sich* den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸⁶ an;

4. *beschließt*, dass etwaige Beschlüsse in Bezug auf den Pensionsplan nur für die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs sowie die Richter und Ad-litem-Richter des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda gelten und keinen Präzedenzfall für andere Kategorien von innerhalb des Systems der Vereinten Nationen tätigen Richtern darstellen und dass etwaige Beschlüsse betreffend das Dienstverhältnis anderer Kategorien von Richtern von Fall zu Fall getroffen werden;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die notwendigen Abänderungen von Artikel 1 Absatz 2 der Pensionsordnung für die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs und für die Richter des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda entsprechend vorzunehmen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung im Rahmen des zweiten Berichts über den Vollzug des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 und der zweiten Berichte über den Vollzug der Haushaltspläne des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien beziehungsweise des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda für den Zweijahreszeitraum über etwaige zusätzliche Ausgaben, die sich aus dem obigen Beschluss ergeben, Bericht zu erstatten;

7. *verweist* auf Ziffer 11 ihrer Resolution 61/262, in der sie den Generalsekretär ersuchte, über Optionen für Pensionspläne Bericht zu erstatten, und stellt fest, dass der Generalsekretär im Wesentlichen nur eine Option vorgeschlagen und sich auf die Dienste eines Beraters gestützt hat, anstatt den innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen vorhandenen Sachverstand in Anspruch zu nehmen;

8. *beschließt*, dass die Bezüge, Ruhegehälter und sonstigen Beschäftigungsbedingungen der Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs und der Richter des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, darunter Optionen für leistungs- und beitragsorientierte Pensionspläne, zum nächsten Mal auf ihrer fünfundsechzigsten Tagung überprüft werden, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass zu diesem Zweck der innerhalb der Organisation vorhandene Sachverstand umfassend in Anspruch genommen wird;

II

nach Behandlung des Schreibens des Generalsekretärs vom 6. März 2007 an die Präsidentin der Generalversammlung⁸⁷,

⁸⁵ A/62/538/Add.2.

⁸⁶ A/63/570.

⁸⁷ A/C.5/61/19.